Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1208

26. 09. 91

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans Büchler (Hof), Reinhold Hiller (Lübeck), Eckart Kuhlwein, Christian Müller (Zittau), Gerd Andres, Rudolf Bindig, Arne Börnsen (Ritterhude), Dr. Eberhard Brecht, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Peter Eckardt, Dr. Fritz Gautier, Manfred Hampel, Renate Jäger, Dr. Ulrich Janzen, Volker Jung (Düsseldorf), Horst Kubatschka, Uwe Lambinus, Robert Leidinger, Dr. Dietmar Matterne, Herbert Meißner, Dr. Helga Otto, Karl-Heinz Schröter, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Erika Simm, Wieland Sorge, Ludwig Stiegler, Dr. Gerald Thalheim, Siegfried Vergin, Gunter Weißgerber, Dr. Axel Wernitz, Gudrun Weyel, Hermann Wimmer (Neuötting), Verena Wohlleben
— Drucksache 12/1120 —

Zukunft der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Wie steht die Bundesregierung zu der Auffassung, daß es in den alten Bundesländern eine in den letzten Jahren immer größer werdende Notwendigkeit gibt, der Demokratieverdrossenheit und „Demokratiemüdigkeit" zu begegnen, und daß in den neuen Bundesländern ein riesiges Defizit in der Vermittlung und Einübung demokratischer Mechanismen und Handlungsweisen zu verzeichnen ist, es also in der gesamten Bundesrepublik Deutschland einen erhöhten Bedarf an politischer Bildung gibt?

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es insgesamt einen großen Bedarf an politischer Bildung. Insbesondere in den neuen Ländern ist ein immenser Nachholbedarf an demokratischen Kenntnissen und Fähigkeiten festzustellen. Zur Fundierung gezielter Maßnahmen in den neuen Ländern hat die Bundesregierung eine empirische Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben. Darüber hinaus rückt die Bundesregierung ihre bildungspolitischen Maßnahmen in den neuen Ländern in das Zentrum ihres Berichts zur Lage der politischen Bildung in Deutschland, der dem Deutschen Bundestag in Kürze zugeleitet wird.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 25. September 1991 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wie gedenkt die Bundesregierung in den kommenden Jahren den gestiegenen Anforderungen und Notwendigkeiten im Bereich der politischen Bildung für ganz Deutschland zu begegnen?

Die Bundesregierung wird in ihrem Bericht dazu umfänglich Stellung nehmen, insbesondere zu integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen.

3. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um besonders in den neuen Bundesländern das Defizit in der politischen Bildung auszugleichen, das durch die jahrzehntelange einseitige Erziehung und politische Schulung entstanden ist, und in welcher Höhe will die Bundesregierung den Trägern der politischen Bildung in den kommenden Jahren Mittel für die Beseitigung dieses Defizits zur Verfügung stellen?

Die Bundesregierung mißt der bildungspolitischen Tätigkeit der freien Träger bei dieser Aufgabe besondere Bedeutung zu. Deshalb werden Mittel für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit aus dem ehemaligen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen den Trägern ab 1992 über die Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, insbesondere in den neuen Ländern und für die Bürger aus den neuen Ländern politische Bildungsmaßnahmen durchzuführen.

4. In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung dem Faktum zu begegnen, daß die Bildungsträger in den alten Bundesländern zwar auf eine, wenn nicht optimale, so doch weitgehend ausgebaute Infrastruktur zurückgreifen können, annähernd vergleichbare Strukturen in den neuen Bundesländern jedoch noch fast völlig fehlen, und in welcher Höhe plant die Bundesregierung den Trägern der politischen Bildung in den kommenden Jahren Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen?

Die Bundesregierung hält ähnliche Strukturen von freien Bildungsträgern wie in den alten Ländern auch in den neuen Ländern für wünschenswert. Sie begrüßt die großen Anstrengungen der freien Träger, in den neuen Ländern eine flächendeckende Struktur aufzubauen. Dabei ist das Wirken beispielsweise durch Bildungsträger der Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber bereits sichtbar. Allerdings kann in Anbetracht der Ausgangslage eine solche erwünschte Struktur nicht von heute auf morgen errichtet werden. Auch in den alten Ländern hat dies erhebliche Zeit erfordert.

5. In welcher Weise plant die Bundesregierung, in den nächsten Jahren die Mittel für die institutionelle Förderung der Träger der politischen Bildung den veränderten Bedingungen anzupassen, und welche Träger werden dies namentlich sein?

Die Bundesregierung hat die Projektförderung der freien Träger in den Jahren 1990 und 1991 wesentlich verstärkt und wird diese Bemühungen im Rahmen der Möglichkeiten des Bundeshaushalts fortsetzen.

6. In welcher Weise plant die Bundesregierung, die Förderrichtlinien für die neuen Bundesländer zu gestalten, so daß es den Trägern der politischen Bildung möglich ist, Referenten und Bildungsmaterialen aus den westlichen Bundesländern, die es in den neuen Bundesländern noch nicht selbst gibt, in ausreichendem Umfang zu den Bildungsuchenden in den östlichen Bundesländern zu bringen?

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die geltenden Förderungsrichtlinien in den neuen Ländern so flexibel als möglich gehandhabt werden. Darüber hinaus prüft die Bundesregierung, ob und in welchem Umfang in Anbetracht der großen Aufgaben in den neuen Ländern zeitlich begrenzte Ausnahmeregelungen von den geltenden Richtlinien geschaffen werden können.

7. Wie gedenkt die Bundesregierung zu gewährleisten, daß bewährte regionale Bildungseinrichtungen, die bisher durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bzw. das Gesamtdeutsche Institut gefördert wurden, bei einer Übertragung der Zuständigkeit auf die Bundeszentrale für politische Bildung auch in Zukunft sinnvolle regionale Bildungsmaßnahmen durchführen können?

Die vom ehemaligen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bzw. vom Gesamtdeutschen Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben – geförderte deutschlandpolitische Bildungsarbeit wird auch unter dem Dach der Bundeszentrale für politische Bildung für eine Übergangszeit fortgesetzt werden. Hierfür sind in den Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1992 im Kapitel der Bundeszentrale für politische Bildung entsprechende Mittel mit der Zweckbestimmung „Förderung von deutschlandpolitischer Bildungsarbeit" eingestellt worden. Die integrationspolitische Zielsetzung dieser Bildungsarbeit erfordert einen flexiblen Einsatz der Mittel, der auch sinnvolle regionale Bildungsmaßnahmen insbesondere im Interesse der Menschen in den neuen Bundesländern einschließt.

8. Plant die Bundesregierung, den Bau und den Unterhalt von Einrichtungen der politischen Bildung in den neuen Bundesländern verstärkt zu fördern, und wenn ja, in welcher Höhe?

Die Bundesregierung prüft alle Möglichkeiten – auch über die bisherigen Maßnahmen hinaus –, die geeignet sind, die strukturellen Voraussetzungen für die politische Bildungsarbeit in den neuen Ländern zu verbessern.

9. Plant die Bundesregierung die Erarbeitung von Lern- und Arbeitsmaterialien zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit?

Die Bundesregierung hat in ihren Planungen und Projekten der politischen Bildung das Thema „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit" umfänglich berücksichtigt. Die Bundeszentrale für politische Bildung und das Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben haben u. a. folgende Projekte bereits durchgeführt bzw. in Angriff genommen:

a) Materialien zum Einsatz in der schulischen politischen Bildung

Die Informationen zur politischen Bildung „Geschichte der DDR" und „Die Teilung Deutschlands 1945–1955" sind bereits erschienen.

In Planung sind zwei weitere „Informationen" zum Thema „Die Teilung Deutschlands".

Das Heft KONTROVERS „Die Wende in der DDR" ist erschienen.

Die Hefte des illustrierten Jugendmagazins „Wir in Europa" (früher „Wir in Ost und West") zu den Themen

— Wohin geht die Reise?
— Es ist erst ein Jahr her
— Europa wird eins
— Zusammenwachsen

sowie die Sonderausgabe speziell für die Schulen in den neuen Bundesländern mit dem Thema „Demokratie – eine ständige Herausforderung" sind erschienen.

Die Schulen in den neuen Bundesländern wurden mit dem politischen Wandkalender des Gesamtdeutschen Instituts ausgestattet. Das Thema des für 1992 vorgesehenen Kalenders lautet „Deutschland wächst zusammen".

Projektgruppe: Lehrerweiter- und -fortbildung im Fach Gesellschaftskunde in den neuen Bundesländern.

b) Allgemeine Printmedien

Schriftenreihe: „Die doppelte Staatsgründung"

Schriftenreihe: „Zwei Staaten, eine Nation"

Schriftenreihe: „Zwischen Autonomie und Anpassung – zur Situation von Journalisten in der DDR"

Schriftenreihe: „Totalitäre Systeme in Theorie und Praxis im 20. Jahrhundert" (in Planung).

Laufende Veröffentlichungen in der Beilage aus Politik und Zeitgeschichte und in der Wochenzeitung DAS PARLAMENT.

Zu der Wochenzeitung DAS PARLAMENT ist insbesondere auf folgende Themenausgaben hinzuweisen:
„Der lange Abschied der DDR" (Nr. 38/90) und „Probleme und Perspektiven der Deutschen Einheit" (Nr. 9/91).

c) Dozentenaus- und -fortbildung: Materialien für die Qualifizierung von neben- und hauptamtlichen Erwachsenenbildnern.

d) AV-Medien

„Fremde deutsche Jugend"

(Film mit Interviews mit jungen Menschen in den neuen Bundesländern über ihre Vergangenheit und ihre Zukunftserwartungen)

„Tod des Zwillings“ (Film zur Thematik des Nationalsozialismus und des Totalitarismus)

„Junge Deutsche erleben die deutsche Einheit“
Film über die Situation und die Befindlichkeit junger Menschen in den neuen Bundesländern.

„Deutschland und Europa – Teilung und Einheit“
Film über die deutsche Geschichte seit Karl dem Großen bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

e) PZ: „Was macht Menschen erwachsen?“ (Juni 1991)

PZ: „Wir sind ein Volk“ – aber was für eins – Thema: „Nation“ (August 1991)

f) Umfangreiche Förderung der Bildungsarbeit freier Träger durch Seminare und Tagungen zu deutschlandpolitischen Themen mit Schwerpunkt in den neuen Bundesländern und für Bürger aus den neuen Bundesländern.

Bildungspolitische Tagungen des Ostkollegs und des Gesamtdeutschen Instituts.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333